

August Österle

# Sozialpolitik und Sozialpolitikforschung in Österreich

## Eine Erhebung zu Lehre, Dateninfrastruktur und Politikberatung

### AUF EINEN BLICK

---

- Sozialpolitik ist an den österreichischen Universitäten und Hochschulen nicht systematisch etabliert und wird vor allem im Rahmen von Schwerpunktsetzungen, als einzelne Pflichtveranstaltung oder als freies Wahlfach unterrichtet. Dies spiegelt – von wenigen Ausnahmen abgesehen – auch die fehlende Abbildung der Sozialpolitik in der institutionellen Struktur der Universitäten und Hochschulen wider.
- Politikberatung wird in Österreich von der sozialpartnerschaftlichen Struktur und zwei großen Wirtschaftsforschungsinstituten geprägt. Weitere Forschungsinstitute, Thinktanks, Interessenvertretungen und das Einbinden oder Einbringen von Forscher\*innen aus der Sozialpolitik haben in den vergangenen 20 Jahren die Politikberatung verbreitert.
- Die Bewertung der Dateninfrastruktur in Österreich ist zwiespältig: Administrative Daten und Umfragedaten sind vorhanden, die Möglichkeiten der Verknüpfung und des Zugangs zu Daten sind aber im internationalen Vergleich sehr eingeschränkt. Zwei aktuelle Entwicklungen können die Situation in Zukunft verbessern: die Schaffung eines Austrian Socio-Economic Panel und die Etablierung eines Austrian Micro Data Center.

## ABSTRACT

Die etwa für Großbritannien bekannte breite Institutionalisierung des Faches Sozialpolitik an Universitäten fehlt in Österreich. Forschung und Lehre in der Sozialpolitik wird vielmehr von der personellen Ausstattung und der inhaltlichen Orientierung einzelner Lehrstühle und von einzelnen Forscher\*innen geprägt. Sozialpolitiklehre findet sich in regelmäßigen Angeboten in Studienprogrammen der Sozialen Arbeit an Fachhochschulen, als Schwerpunktsetzung in verschiedenen universitären Studienprogrammen oder im Rahmen einzelner, häufig frei wählbarer Kurse. Im Hinblick auf die Dateninfrastruktur stellt der Zugang zu vorhandenen Daten und die Verknüpfung von Daten die größte Hürde für die sozialpolitische Forschung dar. Die Etablierung des Austrian Micro Data Center im Jahr 2022 und die geplante Entwicklung eines Austrian Socio-Economic Panel bergen Potenzial für bedeutende Verbesserungen. Politikberatung im Feld der Sozialpolitik wurde in Österreich lange Zeit durch die Sozialpartnerschaft und zwei große Wirtschaftsforschungsinstitute geprägt, hat sich in den vergangenen beiden Jahrzehnten aber deutlich verbreitert.

## ENGLISH ABSTRACT

Austria lacks a strong academic institutionalisation of social policy research and teaching known from other countries. It is established at several universities in this country, but it is mostly smaller groups of researchers within established disciplines focusing on social policy research. Social policy teaching includes courses in social work programs, specialisations in several study programs on Bachelor and Master level, and a wider range of single, often elective courses. In terms of data infrastructure for social policy research, access to data is the main hurdle. The establishment of the Austrian Micro Data Center in 2022 as well as activities for the introduction of an Austrian Socio-Economic Panel have the potential for important improvements. Social policy advice in Austria was long shaped by the strong influence of the social partners and their expertise as well as the role of two major economic policy research institutes, but became more varied in the past two decades.

## Vorwort

Dieser Bericht präsentiert und analysiert in drei Kapiteln Sozialpolitiklehre, sozialpolitische Dateninfrastruktur und Sozialpolitikberatung in Österreich. Der erste Abschnitt widmet sich der Sozialpolitiklehre an österreichischen Universitäten und Hochschulen. Nach einem kurzen Überblick zum Hochschulsystem werden sozialpolitische Studiengänge und sozialpolitische Schwerpunktsetzungen in Bachelor- und Masterprogrammen vorgestellt. Der zweite Abschnitt widmet sich der für die Sozialpolitik relevanten Dateninfrastruktur bzw. dem Zugang zu dieser Infrastruktur. Nach einer kurzen Vorstellung der Statistik Austria folgt die Darstellung sozialpolitischen Themen und Institutionen. Außerdem werden das *Austrian Socio-Economic Panel* und das *Austrian Micro Data Center* vorgestellt, die in Zukunft zu bedeutenden Verbesserungen in der Dateninfrastruktur führen können. Der dritte Abschnitt widmet sich schließlich der Rolle der Sozialpartner, der Parteiakademien und Interessenvertretungen, Forschungsinstituten und Thinktanks sowie individuellen Forscher\*innen in der Sozialpolitikberatung. Herzlichen Dank an Frau Sophie Rohrhofer, die die Recherchen zu diesen drei Themenblöcken unterstützt hat.

# 1 Sozialpolitiklehre

## 1.1. DAS ÖSTERREICHISCHE HOCHSCHULSYSTEM

Das österreichische Hochschulsystem gliedert sich in fünf Sektoren: 22 öffentliche Universitäten, 21 Fachhochschulen, 14 Pädagogische Hochschulen sowie 17 Privatuniversitäten und eine Privathochschule (siehe Tabelle 1). Die Einrichtungen in diesen fünf Sektoren unterscheiden sich in den gesetzlichen Grundlagen, in der Finanzierung und auch in den inhaltlichen Schwerpunktsetzungen (BMBWF 2021, 2022, 2023a). Die öffentlichen Universitäten sind eigene Rechtspersonen öffentlichen Rechts, die sich weitgehend selbst verwalten. Die gesetzlichen Grundlagen finden sich im Universitätsgesetz (UG). Mit rund 73 % aller Studierenden bilden die öffentlichen Universitäten den größten und den historisch am längsten etablierten Hochschulsektor Österreichs. Sechs Universitäten in sechs Landeshauptstädten bieten ein breites Studienangebot, wobei die Universität Wien mit knapp 90.000 inskribierten Studierenden die größte Universität des Landes ist. Daneben bestehen drei öffentliche medizinische Universitäten, eine veterinärmedizinische Universität, vier Universitäten mit einem Fokus auf technische Fächer, eine Wirtschaftsuniversität, sechs Universitäten der Künste und eine Universität für Weiterbildung. Hinzu kommt im Herbst 2023 das Institute of Digital Sciences Austria als Universität nach eigenem Sondergesetz.

Fachhochschulen haben im internationalen Vergleich eine jüngere Geschichte und wurden erst seit 1994 etabliert. Die gesetzlichen Grundlagen finden sich im Fachhochschulgesetz (FHG). Der Bund, andere juristische Personen des öffentlichen Rechts, aber auch juristische Personen des privaten Rechts können unter bestimmten Voraussetzungen als Träger von Fachhochschulen agieren. Aktuell bestehen 21 Fachhochschulen, die ihre Studienprogramme vor allem in den Bereichen Wirtschaft, Technik, Soziale Arbeit und in den Gesundheitsberufen konzentrieren. Etwa die Hälfte der Studiengänge an Fachhochschulen sind als berufsbegleitende Studiengänge angelegt.

Akkreditierte Privatuniversitäten bestehen seit 1999, hier vor allem in den Bereichen Medizin und Gesundheit, Wirtschaft sowie Kunst und Kultur. Insgesamt gibt es aktuell 17 Privatuniversitäten, der bedeutendste Neuzugang der vergangenen Jahre ist die Central European University (CEU), die im Studienjahr 2019–20 von Budapest nach Wien übersiedelt ist. Die Programme dieser Universität sind in den Sozialwissenschaften angesiedelt. Mit einer gesetzlichen Änderung 2019 wurden auch Privathochschulen ermöglicht, wobei es sich bei

der bestehenden und einer weiteren im Herbst 2023 startenden Privathochschule um Musikhochschulen handelt. Nach dem Privathochschulgesetz (PrivHG) für Privathochschulen und Privatuniversitäten können Privathochschulen bei einer Verlängerung der Akkreditierung um eine Akkreditierung als Privatuniversität ansuchen. Voraussetzung dafür ist aber, dass die Akkreditierung zumindest ein Doktoratsstudium umfasst.

Schließlich wurden seit 2007 die früheren Pädagogischen Akademien in Pädagogische Hochschulen umgewandelt, die für die Aus- und Weiterbildung von Pädagog\*innen zuständig sind. Die Pädagogischen Hochschulen sind Einrichtungen des Bundes und werden im Hochschulgesetz (HG) geregelt.

Die Finanzierung der öffentlichen Universitäten, der Pädagogischen Hochschulen und der Fachhochschulen erfolgt durch den öffentlichen Sektor. Die Finanzierung der Universitäten basiert dabei auf Leistungsvereinbarungen mit dem Wissenschaftsministerium, in denen neben einem Globalbudget an bestimmten Zielsetzungen orientierte Finanzierungsteile (die Lehre betreffend Prüfungsaktivität und Betreuungsverhältnisse) vereinbart werden. Fachhochschulen werden überwiegend über die Zahl der vereinbarten Studienplätze finanziert. Privatuniversitäten und Privathochschulen sind hingegen von den jeweiligen Trägern zu unterhalten. Sie sind in der Gestaltung der Studiengebühren frei. An den öffentlichen Universitäten und an den Pädagogischen Hochschulen sind Studierende aus der EU von Studiengebühren befreit (für die reguläre Studiendauer plus ein bis zwei Toleranzsemester). Ansonsten belaufen sich die Studiengebühren auf € 363,36 pro Semester bzw. auf € 726,72 pro Semester für Studierende aus Drittstaaten. An den Fachhochschulen sind in den meisten Fällen Studiengebühren in Höhe von € 363,36 pro Semester (bzw. € 726,72 pro Semester für Drittstaatsangehörige) zu bezahlen. Allerdings haben einzelne Bundesländer die Studierenden von dieser Studiengebühr befreit und damit eine Angleichung an die Regelung an den öffentlichen Universitäten vorgenommen.

**Tabelle 1: Das österreichische Hochschulsystem im Überblick<sup>1</sup>**

Universitäten bzw. Hochschulen	Zahl der Einrichtungen	Zahl der Studierenden*	Schwerpunkte in den Studienprogrammen	Finanzierungsgrundlage	Studiengebühren**
<b>Öffentliche Universitäten</b>	22	288.448	alle	öffentlich (Globalbudget und Leistungsvereinbarungen)	keine (€ 363,36/ € 726,72)
<b>Fachhochschulen</b>	21	69.959	Wirtschaft, Technik, Soziale Arbeit und Gesundheitsberufe	öffentlich (studienplatzorientiert)	€ 363,36/ € 726,72 (keine)
<b>Pädagogische Hochschulen</b>	14	18.660	Ausbildung von Pädagog*innen	öffentlich	keine (€ 363,36/ € 726,72)
<b>Privatuniversitäten bzw. -hochschulen</b>	18	17.009	Medizin und Gesundheit, Wirtschaft, Künste	Träger	keine Vorgaben

\* Die Zahl der Studierenden bezieht sich auf das Wintersemester 2021, an den Pädagogischen Hochschulen sowie an den Privatuniversitäten und Privathochschulen auf das Wintersemester 2020. Daher sind die Studierenden der erst 2021 gegründeten Privathochschule noch nicht inkludiert.

\*\* Executive Education Programme an den öffentlichen Universitäten und Fachhochschulen sind nicht an diese Studiengebührenregelungen gebunden.

Quelle: BMBWF (2022).

## 1.2. SOZIALPOLITIKLEHRE IN ÖSTERREICH IM ÜBERBLICK

Im Unterschied etwa zu Großbritannien (Heins 2022) ist Sozialpolitik im österreichischen Hochschulsystem nur eingeschränkt als eigenes Fach etabliert. Wie der folgende Überblick zeigt, sind Studiengänge in Sozialpolitik, aber auch über einzelne Kurse hinausgehende Vertiefungen in der Sozialpolitik oder ein systematisches Angebot an Sozialpolitikkursen in bestimmten Studienfeldern die Ausnahme. Vielfach wird Sozialpolitik als einzelnes Fach, dann häufig als Wahlfach und/oder mit einer spezifischen inhaltlichen Ausrichtung angeboten. Der folgende Überblick gliedert sich nach Studiengängen und Schwerpunktsetzungen in der Sozialpolitik einerseits und einzelnen Sozialpolitikkursen andererseits. Der Fokus ist dabei auf Studienprogrammen, Spezialisierungen oder Kursen, die sich (auch) mit theoretisch-konzeptionellen Grundlagen der Sozialpolitik auseinandersetzen. Nur beispielhaft werden Kursangebote angeführt, die sich mit spezifischen Aspekten oder Problemlagen befassen, oft auch aus einer bestimmten disziplinären Perspektive.

<sup>1</sup> Ein Überblick zu allen Universitäten und Hochschulen sowie Details zur Regulierung der einzelnen Sektoren finden sich auf BMBWF (2023a) bzw. in den regelmäßig erscheinenden Publikationen Universitätsbericht (zuletzt BMBWF 2021) sowie Wissenschaft in Österreich/Statistiken (zuletzt BMBWF 2022).

Nicht näher behandelt wird der Bereich Executive Education. In diesem Bereich können auch öffentliche Universitäten und Fachhochschulen Weiterbildung für Berufstätige, etwa als Universitätslehrgänge oder MBA-Programme nach Marktbedingungen (und damit auch entsprechenden Studiengebühren), anbieten. Zahlreiche Angebote im Bereich Gesundheitsmanagement und einzelne Angebote im Bereich Sozialmanagement beinhalten üblicherweise auch einzelne Kurse, die sich unter unterschiedlichen Titeln dem wirtschafts-, gesundheits- und sozialpolitischen Kontext widmen.

### 1.3. STUDIENGÄNGE UND SCHWERPUNKTSETZUNGEN IN SOZIALPOLITIK

An Österreichs Universitäten und auch an den Fachhochschulen gibt es nur sehr wenige Studienprogramme, die als Sozialpolitikprogramme klassifiziert werden können und auch im Studienprogrammtitel einen Bezug dazu herstellen. Das einzige Programm, das dem entspricht, ist das Masterprogramm *Comparative Social Policy and Welfare* der Johannes-Kepler-Universität Linz (JKU Linz). Auch in den Bachelor- und Masterprogrammen *Sozialwirtschaft* an der JKU Linz stellen Kurse zu Gesellschafts- und Sozialpolitik den Kern der Ausbildung dar. Außerdem bieten die Wirtschaftsuniversität Wien (WU Wien) und zwei Fachhochschulen umfassende Schwerpunktsetzungen in der Sozialpolitik.

Der Masterstudiengang *Comparative Social Policy and Welfare* ist eine Kooperation der JKU Linz mit der Tampere University in Finnland. Dieses viersemestrige Programm wird abgesehen von Intensivprogrammen zum Semesterstart in Linz oder Finnland im Rahmen von Long-Distance-Modulen online unterrichtet. Die Unterrichtssprache ist Englisch. Das Curriculum umfasst Kurse zur grundlegenden Wohlfahrtsstaatstheorie und zu Sozialstaatsystemen sowie interdisziplinäre Wahlpflichtfächer wie *Gender and Society* oder *Sustainable Development* und empirische Methoden. Darüber hinaus muss ein fachlich relevantes Praktikum absolviert werden.

Das Bachelorstudium *Sozialwirtschaft* an der JKU Linz kombiniert die Themenbereiche Sozialpolitik, Wirtschaft, Politikwissenschaft, Soziologie und Recht. Der Themenblock *Gesellschafts- und Sozialpolitik* macht mit 39 ECTS den größten Studienabschnitt aus und beinhaltet unter anderem Lehrveranstaltungen zur Einführung in Politikwissenschaft und Sozialpolitik und zu politischen Ideen und Systemen mit Fokus auf Gesellschaft und Sozialstaat. Darüber hinaus enthält der Themenblock vertiefende Gesellschafts- und Sozialpolitik-Kurse zur österreichischen und zur vergleichenden Sozialpolitik. Das Masterstudium *Sozialwirtschaft* baut auf den Inhalten des gleichnamigen Bachelorstudiums auf. Hier steht unter anderem die Analyse sozialpolitischer Interventionen im Fokus. Nach verpflichtenden Themenblöcken in *Gesellschafts- und Sozialpolitik* und *Sozialwissenschaftliche Methoden* wird der Großteil der Kurse in einem der Wahlfachbereiche (etwa Soziologie, Betriebswirtschaft oder Volkswirtschaft) absolviert.

Neben diesen als sozialpolitische Studienprogramme charakterisierten Lehrangeboten findet sich die Sozialpolitik in einzelnen Studiengängen als Spezialisierungs- oder Vertiefungsmöglichkeit. Diese finden sich im Rahmen von wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Studien oder Studienprogrammen der Sozialen Arbeit.

An der WU Wien besteht zwar kein eigener Studiengang Sozialpolitik, dafür bestehen für Studierende der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in den Bachelorprogrammen und in den Masterprogrammen mehrere Möglichkeiten, Sozialpolitik als Vertiefung zu wählen. Die englischsprachige Spezialisierung *Health and Social Policy* (20 ECTS) kann von Studierenden in *Betriebswirtschaftslehre*, *Internationale Betriebswirtschaftslehre*, *Wirtschaftsrecht* und im englischen Programm *Business and Economics* gewählt werden. Die fünf zu wählenden Kurse fokussieren auf Grundlagen der Sozial- und Gesundheitspolitik, gesundheitsökonomische Grundlagen, internationale Sozialpolitik und die Evaluation von Sozialprogrammen. Ab Herbst 2023 wird im Rahmen des neuen Bachelorprogramms *WUPol (Wirtschaft, Umwelt und Politik)* eine deutschsprachige Spezialisierung zu *Soziale Sicherheit und Wohlfahrtssysteme* angeboten (ebenfalls im Umfang von 20 ECTS), die neben den theoretischen Grundlagen der Sozialpolitik die österreichische und vergleichende Sozialpolitikanalyse in den Mittelpunkt stellt.

Vertiefungsmöglichkeiten in Sozialpolitik bietet die WU Wien auch in verschiedenen Masterprogrammen. Diese Spezialisierungen sind *Sozialpolitik und Gerechtigkeit: Herausforderungen, Lösungsansätze, Konfliktlinien* (im deutschsprachigen Masterprogramm *Sozioökonomie*), *Globalisation and Social Policy* mit einem Fokus auf globale Entwicklungen und Herausforderungen (im englischsprachigen Masterprogramm *SEEP Socio-Ecological Economics and Policy*) und *Economic and Social Policy* (im englischsprachigen Masterprogramm *Economics*). Die Spezialisierungen umfassen jeweils zwei Kurse, typischerweise ein Kurs, der stärker auf theoretische Grundlagen fokussiert, und ein zweiter Kurs, der eine Vertiefung nach dem Prinzip der forschungsgeleiteten Lehre vorsieht. Über weitere Kursangebote bieten sich zusätzliche sozialpolitische Vertiefungsmöglichkeiten an, etwa im Rahmen von Forschungspraktika, die thematisch nicht vordefiniert sind, teilweise aber auch sozialpolitisch relevante Themenfelder in den Mittelpunkt rücken, oder über weitere Vertiefungsmöglichkeiten, etwa zur Ungleichheitsforschung.

Neben diesen spezifisch an sozialpolitischen Themen ausgerichteten Spezialisierungsprogrammen gibt es Schwerpunktsetzungen, die sich inhaltlich wechselnden Themen widmen. So haben Studierende im Rahmen des Bachelorprogramms und des Masterprogramms *Soziologie* an der Universität Wien ein Forschungspraktikum bzw. eine Forschungsspezialisierung zu belegen. Diese werden nicht zu festen Themen angeboten, sondern richten sich nach den aktuellen Forschungsschwerpunkten. Regelmäßig gibt es auch Spezialisierungen bzw. einzelne Kurse innerhalb von Spezialisierungen, die sich mit spezifischen sozialpolitischen Themen auseinandersetzen, es gibt aber in diesem Rahmen kein systematisches Angebot, das auch eine breitere Auseinandersetzung mit den theoretisch-konzeptionellen Grundlagen der Sozialpolitik vorsieht.

An der Fachhochschule Management Center Innsbruck (MCI) bietet das Masterstudium *Soziale Arbeit, Sozialpolitik und -management*, das Absolvent\*innen auf eine Karriere im Management sozialer Einrichtungen oder in der Sozialarbeitsforschung vorbereiten soll, eine Vertiefungsmöglichkeit in Sozialpolitik. Nach den verpflichtenden Grundlagenmodulen in Sozialer Arbeit, Sozialpolitik oder Sozialmanagement (jeweils im Umfang von 20 ECTS) können sich die Studierenden in einem dieser Bereiche im Rahmen eines Wahlfachmoduls (15 ECTS) weiter vertiefen.

Außerdem bietet das Masterstudium *Soziale Arbeit: Entwickeln und Gestalten* an der FH Kärnten ein Wahlmodul unter dem Titel *Entwicklung und Gestaltung des Sozialstaates* an. Im Umfang von 15 ECTS werden dabei neben den Grundlagen des Sozialstaates sozialrechtliche Themen und Fragen zur Entwicklung sozialer Infrastruktur, zu sozialen Bewegungen oder zu sozialpolitischer Interessenvertretung behandelt.

#### 1.4. EINZELNE KURSE IN SOZIALPOLITIK

Schließlich finden sich an zahlreichen Universitäten und Fachhochschulen einzelne Sozialpolitikkurse, die entweder als Pflichtveranstaltung im jeweiligen Programm oder – sehr viel häufiger – als frei wählbare Kurse belegt werden können.

An erster Stelle zu nennen sind in diesem Zusammenhang die Bachelorstudiengänge *Soziale Arbeit* der Fachhochschulen (FH). Diese werden in allen Bundesländern angeboten und bieten jeweils eine Lehrveranstaltung, die den sozialpolitischen Kontext Sozialer Arbeit darlegt. In den meisten Programmen wird die Lehrveranstaltung auch tatsächlich *Sozialpolitik* (teilweise in Kombination) genannt. Nur an der FH Burgenland ist der Kurstitel noch breiter gefasst (*Meso- und makropolitische Bezugsrahmen der Sozialen Arbeit*). Auch in einigen weiteren, der Sozialen Arbeit nahe liegenden Bachelorprogrammen an den Fachhochschulen finden sich Sozialpolitikkurse, etwa im Bachelorstudium *Disability and Diversity Studies* an der FH Kärnten und im Bachelorstudium *Sozialmanagement* an der FH Oberösterreich. Neben den bereits erwähnten Vertiefungsmöglichkeiten bieten einige Fachhochschulprogramme auch auf Masterprogrammebene einzelne Kurse in Sozialpolitik, so etwa das Masterstudium *Soziale Innovation* an der FH Salzburg und das Masterstudium *Sozialraumorientierte und Klinische Soziale Arbeit* an der FH Campus Wien.

Auch an mehreren Universitäten finden sich einzelne Kursangebote im Bereich der Sozialpolitik, allerdings kein generelles Angebot in bestimmten Studienprogrammen, wie dies bei den Bachelorprogrammen in der Sozialen Arbeit der Fall ist. Hinzu kommt, dass es sich bei zahlreichen Angeboten um Wahlfachkurse handelt, die nicht notwendigerweise regelmäßig angeboten werden oder sich wechselnden Schwerpunktsetzungen widmen. Im Folgenden können daher auch nur beispielhaft entsprechende Kurse genannt werden.

An der Central European University wird beispielsweise der Wahlfachkurs *Welfare States in the Current Era* für Studierende der Programme *Culture, Politics and Society*, *Quantitative Social Sciences* und *Philosophy, Politics and Economics* angeboten. Aufbauend auf grundlegenden Konzepten und Theorien, werden konkrete Bereiche wie Arbeitsmarktpolitik, Alterssicherung, Gesundheitswesen und Verteilungsfragen behandelt und vor allem auch mit Blick auf den Einfluss aktueller Veränderungen wie Globalisierung oder Migration diskutiert. Im Wahlfachkurs *The Politics of Social Justice* werden unter anderem Verteilungsfragen und soziale Rechte beleuchtet.

Im Bachelorstudiengang *Politikwissenschaft* an der Universität Wien besteht in den Wahlmodulgruppen *Staatstätigkeit, Policy- und Governanceanalysen* und *Geschlecht und Politik* immer wieder die Möglichkeit, Kurse zu (wechselnden) sozialpolitischen Themen zu belegen. So wurden in vergangenen Semestern Kurse wie *Soziale Klassen: Was haben sie mit Politik zu tun*, *Arbeitsmarktpolitik* oder *Transformationen von (Erwerbs-)Arbeit und sozialen Sicherungssystemen aus einer feministischen Perspektive* angeboten.

Auch auf Masterebene finden sich Kurse mit einem sozialpolitischen Bezug, in der Regel allerdings auf spezifische Fragen fokussiert und auf den konkreten Fokus eines Masterprogramms ausgerichtet. Ein Beispiel für Letzteres ist der Kurs *Gesundheits- und Sozialpolitische Entwicklungen in pflegewissenschaftlicher Auseinandersetzung* für Studierende der Ethik und der Pflegewissenschaft an der Universität Wien. Thema sind gesundheits- und sozialpolitische Entwicklungen, die für die Pflege relevant sind. Ein anderes Beispiel ist der Kurs *Klimasoziale Politik*, der im Sommersemester 2022 für Studierende des Lehramts Geographie ebenfalls an der Universität Wien angeboten wurde. Thematisiert wurden hier die aktuellen Entwicklungen des Klimawandels, mögliche Maßnahmen zu dessen Eindämmung und das Zusammenspiel von Klima- und Sozialpolitik. Im Masterprogramm *Soziologie* der Universität Wien belegen Studierende eine Forschungsspezialisierung. Die entsprechenden Angebote richten sich nach aktuellen Forschungsschwerpunkten, beinhalten aber häufig auch Lehrveranstaltungen, die sich mit sozialpolitischen Fragen beschäftigen. In den Masterprogrammen der Central European University zeigt sich wieder der modulartige Charakter. So kann der Wahlfachkurs *Welfare States and Gender under Undemocratic Rule* von Studierenden verschiedener Masterprogramme belegt werden. Dabei wird das Thema der Sozialpolitik in nicht demokratischen Staaten mit dem Thema der geschlechtsspezifischen Auswirkungen von Sozialpolitik verbunden.

Wie an diesen Beispielen schon erkennbar ist, gibt es neben jenen Kursen, die die Sozialpolitik als Fach in den Mittelpunkt stellen, zahlreiche Kursangebote, die die Sozialpolitik beispielhaft als Politikfeld behandeln (etwa im Rahmen von Kursen zur Wirtschaftspolitik oder zur Politikfeldanalyse), oder Kurse, die soziale Problemlagen als Anwendungsbeispiele für Forschungsmethoden oder Forschungspraktika nutzen. Meist ist dies dann in den Kurstiteln nicht angesprochen und nur aus ausführlicheren aktuellen Kursbeschreibungen erkennbar. Ob und in welcher Tiefe sozialpolitisch relevante Politiken oder Herausforderungen tatsächlich angesprochen werden, variiert bei diesen Kursen vielfach zwischen Semestern

und auch abhängig von den konkreten Lehrpersonen. Das Angebot im Fach Sozialrecht wurde in dieser Studie nicht systematisch analysiert. Grundsätzlich wird Sozialrecht als Teil der juristischen Ausbildung angeboten. Darüber hinaus gibt es in verschiedenen wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Studienprogrammen Möglichkeiten, Sozialrecht oder Arbeits- und Sozialrecht als Wahlfach zu belegen und damit eine allfällige Fokussierung auf sozialpolitische Inhalte durch eine sozialrechtliche Perspektive zu ergänzen. Außerdem finden sich in Studienprogrammen der Sozialen Arbeit häufig einzelne Lehrangebote, die sich mit den rechtlichen Grundlagen ausgewählter Handlungsfelder beschäftigen.

## 1.5. DISKUSSION

Zusammenfassend lässt sich die Sozialpolitiklehre an den Universitäten und Hochschulen in Österreich wie folgt charakterisieren: Lediglich an der JKU Linz werden aktuell Studienprogramme zur Sozialpolitik bzw. zur Sozialwirtschaft angeboten. Nur in den Studiengängen *Soziale Arbeit* findet sich in allen Studienangeboten auf Bachelorebene ein Kurs zur Sozialpolitik, meist auch unter dem Titel *Sozialpolitik*. Umfassendere Spezialisierungsmöglichkeiten zur Sozialpolitik bieten die WU Wien in mehreren Studienprogrammen sowie die Fachhochschule MCI und die Fachhochschule Kärnten jeweils in einem Studienprogramm. Daneben findet sich Sozialpolitik in verschiedenen Studienprogrammen als einzelnes, frei wählbares Wahlfach oder im Rahmen von inhaltlich wechselnden Schwerpunktsetzungen.

Diese Charakterisierung des sozialpolitischen Lehrangebotes spiegelt auch die institutionellen Strukturen an den Universitäten wider. Nur an der JKU Linz und an der WU Wien finden sich Institute, die den Begriff Sozialpolitik auch im Titel tragen. Darüber hinaus sind für die sozialpolitische Lehre wie auch die sozialpolitische Forschung vor allem die Ausrichtung und Ausstattung von Lehrstühlen etwa in der Ökonomie, der Politikwissenschaft oder der Soziologie ausschlaggebend.

Fachübergreifende Kooperationen, mehr oder weniger formell, können ein weiterer begünstigender Faktor sein. Als österreichweites Netzwerk fungiert dabei ESPAnet Österreich, ein Netzwerk von Sozialpolitikforscher\*innen, die in Österreich oder zu Österreich arbeiten. Die seit 2017 organisierte jährliche Konferenz bietet eine wichtige Plattform, die dem Austausch über aktuelle sozialpolitische Forschung und zur besseren Vernetzung dient. Am Beispiel der Universität Wien zeigt sich darüber hinaus, dass die Stärke in der Sozialpolitikforschung nicht unbedingt bedeutet, dass die Sozialpolitik auch in der Lehre umfassender etabliert ist. Wie oben erwähnt, finden sich hier zwar verschiedene sozialpolitische Angebote im Lehrprogramm, die aber im Wahlfachbereich und nicht als eigenständiges Sozialpolitikprogramm etabliert sind.

Zu berücksichtigen ist auch die unterschiedliche Ausrichtung von Studienprogrammen an Universitäten und Fachhochschulen. Studienprogramme an Fachhochschulen sind stärker auf konkrete berufliche Anwendungen ausgerichtet, was sich meist auch in den Titeln der

Studienprogramme zeigt. An den Universitäten – und das insbesondere auf der Ebene der Bachelorprogramme – werden stärker disziplinär orientierte Programme für vielfach auch sehr große Studierendenzahlen angeboten. Während an den Universitäten etwa viermal so viele Studierende wie an den Fachhochschulen eingeschrieben sind, stehen den 374 Bachelorstudiengängen an den Universitäten 270 Bachelorstudiengänge an den Fachhochschulen gegenüber (BMBWF 2022). Auf Masterebene sind auch an den Universitäten stärkere Differenzierungen üblich, diese verlaufen aber nicht so sehr entlang konkreter Berufsbilder, sondern entlang bestimmter Kompetenzen.

## 2 Dateninfrastruktur

### 2.1. SOZIALPOLITISCHE DATENINFRASTRUKTUR IM ÜBERBLICK

Der sehr eingeschränkte Zugang zu Daten stellt für die wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Forschung in Österreich seit Jahrzehnten eine massive Herausforderung dar. Diese besteht nicht so sehr darin, dass Datenbestände nicht vorhanden sind, sondern darin, dass der Zugang zu diesen Beständen und die Verknüpfung von Beständen bislang mit beträchtlichen Hürden verbunden war. Aktuelle Entwicklungen könnten in den kommenden Jahren aber zu einer deutlichen Verbesserung führen.

Die zentrale Stelle für Erhebung, Aufbereitung und Bereitstellung von Daten ist die Statistik Austria, eine selbstständige, nicht gewinnorientierte Bundesanstalt öffentlichen Rechts. Ihre Aufgabe ist es, „Daten über die wirtschaftlichen, demographischen, sozialen, ökologischen und kulturellen Gegebenheiten in Österreich den Bundesorganen zur Planung, Entscheidungsvorbereitung und Kontrolle von Maßnahmen sowie der Wissenschaft, der Wirtschaft und der Öffentlichkeit“ (Statistik Austria 2023a) bereitzustellen. Für die Sozialpolitik von größter Relevanz sind neben der Statistik Austria die jeweils zuständigen Verwaltungsbehörden bzw. Träger, insbesondere Sozialversicherungsträger, der Arbeitsmarktservice, Ministerien und Bundesländer. Deren Rolle wird im Folgenden neben der Statistik Austria themenorientiert erläutert. Abschließend gibt das Kapitel noch einen Einblick in zwei aktuelle Entwicklungen, einerseits den Start zur Entwicklung eines *Austrian Socio-Economic Panel* und andererseits den Start des *Austrian Micro Data Center*.

### 2.2. STATISTIK AUSTRIA

In Österreich ist die Statistik Austria für die Bundesstatistik zuständig (Statistik Austria 2023a). Ihre Daten setzen sich aus Daten von staatlichen Institutionen, Umfragen und eigens durchgeführten Registerzählungen zusammen. Um personenbezogene Daten verschiedener Behörden verknüpfen zu können, ohne Namen weiterzugeben, werden Verknüpfungsschlüssel genutzt, die jeder Person zugeordnet werden. Bis vor Kurzem durften Registerdaten nur von der Statistik Austria selbst verarbeitet und dann zusammengefasst

veröffentlicht werden. Seit Juli 2022 gibt es allerdings im Rahmen des *Austrian Micro Data Center* auch für Forschende akkreditierter Forschungsstätten die Möglichkeit, bestimmte Registerdaten verknüpfen zu lassen und zu analysieren (Statistik Austria 2023b).

Neben den Daten, die die Statistik Austria von Behörden bekommt und veröffentlicht, führt sie auch eigene Erhebungen durch. Darunter sind sowohl Befragungen als auch Registerzählungen, teils setzen sich die Statistiken aus einer Kombination beider Elemente zusammen. Der abgestimmten Erwerbsstatistik liegen etwa Statistiken zu Personen, Familien, Haushalten, Erwerbstätigkeit, demografischen Merkmalen und Bildung zugrunde. Sie wird jährlich aus pseudonymisierten Daten verschiedener Register erhoben. Alle zehn Jahre findet die Registerzählung statt, die sich aus der Volkszählung, der Arbeitsstättenzählung und der Gebäude- und Wohnungszählung zusammensetzt. Auch hier gibt es keine Befragung, die Daten werden direkt aus Verwaltungsregistern erhoben. Im Rahmen des Mikrozensus werden jährlich 22.500 Haushalte zu Erwerbstätigkeit, Wohnsituation, Bildung und demografischen Merkmalen befragt. In den Jahren zwischen der Volkszählung dient der Mikrozensus zu deren Ergänzung. Hinzukommen soll mit dem *Austrian Socio-Economic Panel* (siehe unten) in Zukunft noch ein langlaufendes Haushaltspanel, das es ermöglicht, die Entwicklung der Haushalte über längere Zeitperioden zu verfolgen.

Als statistische Bundesbehörde ist die Statistik Austria Mitglied des Europäischen Statistischen Systems und österreichische Kontaktstelle für Eurostat. Im EU-Kontext bzw. in Zusammenarbeit mit anderen EU-Ländern führt die Statistik Austria verschiedene Erhebungen in Österreich durch, etwa die *EU-SILC*, die *So geht's uns heute*-Befragung, die *Gesundheitsbefragung* oder den *EU Survey on Immigrants and Descendants of Immigrants*.

### 2.3. SOZIALPOLITISCHE THEMEN UND INSTITUTIONEN

Von den vier Sozialversicherungsbereichen (Pensionen, Gesundheit, Unfall und Arbeitslosigkeit) werden drei Bereiche (Pensionen, Gesundheit, Unfall) über eigene Sozialversicherungsträger organisiert. Diese Daten liegen bei den Sozialversicherungsträgern. Veröffentlicht werden aggregierte Daten von den Sozialversicherungsträgern, von der Statistik Austria, dem Sozial- bzw. Gesundheitsministerium als Teil der laufenden Sozialberichterstattung und – wie oben beschrieben – für spezifische weitere Verwendungen bei der Statistik Austria.

Ein zweiter großer Themenbereich sind Arbeitsmarktdaten. Daten zu Arbeitslosigkeit, Beschäftigung und Gehältern sind vor allem bei den Sozialversicherungsträgern und dem Arbeitsmarktservice zu verorten. Die Sozialversicherungsträger verfügen aufgrund ihrer Zuständigkeit über eine große Menge an sozialpolitisch relevanten Daten. Dazu gehören das Beschäftigungsausmaß, die Arbeitslosigkeit und auch das Einkommen, soweit es sich aus der Beitragsgrundlage ableiten lässt. Die Sozialversicherungsträger veröffentlichen in diesem Zusammenhang etwa die Beschäftigungsstatistik. Dem Arbeitsmarktservice (AMS) liegen unter anderem Daten über Arbeitslose und offene Stellen vor, auf deren Grundlage Statistiken

zum Arbeitsmarkt erstellt werden. Die Arbeitsmarktdatenbank wird vom AMS unter Kostenbeteiligung des Bundesministeriums für Arbeit aus den Registerdaten von AMS und Sozialversicherungsträgern zusammengesetzt. Hier besteht auch die Möglichkeit, pseudonymisierte Registerdaten für Forschungszwecke zu nutzen.

Daten zu Eheschließungen und Geburten können dem Zentralen Personenstandsregister entnommen werden, das von den Standesämtern geführt wird. Die Statistiken zu Familien der Statistik Austria setzen sich aus Daten der Registerzählung, des Mikrozensus und der allgemeinen Erwerbsstatistik zusammen. In der Pflegedienstleistungsstatistik werden Daten zu Langzeitpflegeleistungen der Länder und Gemeinden zusammengeführt. Dazu zählen die Dienstleistungen stationärer Einrichtungen, der mobilen Pflege sowie der Alltagsbegleitungen und der Entlastungsdienste. 24-Stunden-Betreuung wird in dieser Statistik nicht berücksichtigt. Die Daten zum Pflegegeld werden wiederum von den Sozialversicherungsträgern zur Verfügung gestellt, die für die bundesweite Administration zuständig sind.

Als Beispiel für einen im Zuge eines neu und sehr kurzfristig auftretenden Problemfeldes entstandenen Datensatz kann das *Austrian Corona Panel Project* genannt werden (ACPP 2023). Forschende der Universität Wien haben in einer Frühphase der Pandemie eine Panelerhebung etabliert, in der 1.500 Personen zur Coronapandemie befragt wurden. Dabei ging es unter anderem um die Wahrnehmung der gesundheitlichen Bedrohung, um Einstellungen und Verhaltensweisen oder um die Reaktion der Bevölkerung auf die Maßnahmen und die Kommunikation der Regierung. Von März bis Juli 2020 wurden die Einschätzungen wöchentlich erhoben, danach monatlich.

## 2.4. AUSTRIAN SOCIO-ECONOMIC PANEL UND AUSTRIAN MICRO DATA CENTER

Eine wesentliche Neuerung, auch im Hinblick auf die für sozialpolitische Forschung relevante Dateninfrastruktur, stellt der Aufbau eines österreichischen Haushaltspanels dar, welches für eine Startphase 2022–2026 finanziert wurde. Das Panel soll sich an den langjährigen Erfahrungen etwa in Deutschland oder der Schweiz orientieren. Es wird bei der Statistik Austria angesiedelt und in der Entwicklung von einem wissenschaftlichen Beirat von Forscher\*innen verschiedener Universitäten und Forschungsinstitute begleitet. Geplant ist, jährlich 5.000 repräsentative Haushalte zu Themen wie Bildung, Arbeit und Einkommen, Familie, Gesundheit und Migration zu befragen (BMBWF 2023b).

Ebenfalls im Jahr 2022 wurde das *Austrian Micro Data Center* als an der Statistik Austria angesiedeltes Forschungsdatenzentrum gestartet, um der Forschung einen sehr viel breiteren, datenschutzkonformen Datenzugang sicherzustellen (Statistik Austria 2023b). In Zukunft sollen Daten der Statistik Austria mit Verwaltungs- und Registerdaten von anderen Institutionen – sofern von diesen freigegeben – verknüpft und beforscht werden können. Die Entwicklung hin zur Schaffung des Mikrodatenzentrums war von wiederholten Forderungen seitens der Forschung und von teils heftigen Debatten um Datenschutzüberlegungen

(Mey 2021) begleitet. Als Konsequenz ist der Zugang zu den Daten Forscher\*innen in akkreditierten Institutionen vorbehalten (Statistik Austria 2023b). Die detaillierten Voraussetzungen für eine solche Akkreditierung sind im Bundesstatistikgesetz geregelt. Nach einer entsprechenden Akkreditierung können Forschende dieser Institution einen Antrag auf Onlinezugang zu den Mikrodaten stellen, wobei mit dem Forschungsantrag eine Begründung für die Notwendigkeit der Mikrodatennutzung zu geben ist. Es wird dann nur zu jenen Daten Zugang gewährt, die für die Beantwortung der konkreten Forschungsfragen notwendig sind. Schließlich wird bei einer aus der Datenverwendung entstandenen Publikation vorab noch eine Prüfung zu datenschutzrechtlicher Unbedenklichkeit vorgenommen.

Das aktuelle Angebot an Mikrodaten findet sich im Mikrodatenkatalog (Statistik Austria 2023c). Aktuell beschränkt sich die Nutzung auf Daten, auch Registerdaten, die der Statistik Austria bereits vorliegen. In der Folge sollen weitere Datensätze der Verwaltung des Bundes durch das Wissenschaftsministerium für die wissenschaftliche Nutzung freigegeben werden. Die für sozialpolitische Fragestellungen besonders wichtige weitergehende Einbindung von Daten der Bundesländer (etwa in den Bereichen Gesundheit, Pflege oder Sozialhilfe) und der Sozialversicherungsträger ist noch Gegenstand von Verhandlungen. Auch ausgewählte, für Forschung und Lehre gedachte und vollständig anonymisierte Mikrodaten (Scientific Use Files) werden nun über das Mikrodatenzentrum angeboten.

## 2.5. DISKUSSION

Die Dateninfrastruktur für sozialpolitische Forschung, vor allem aber der Zugang zu grundsätzlich vorhandenen Daten war und ist in Österreich bis heute herausfordernd. Von Forscher\*innen wurde in Österreich immer wieder darauf hingewiesen, dass Österreich den Datenzugang für Forschungszwecke im internationalen Vergleich massiv beschränkt und damit auch die Möglichkeiten für evidenzbasierte Entscheidungen stark einschränkt. Nicht zuletzt während der Coronakrise wurde mehrfach darauf hingewiesen. Eine größere Offenheit betreffend Datenzugang für die Forschung ist aber auch mit einer stärkeren Betonung des Transparenzgedankens verknüpft. Mit dem im Jänner 2020 präsentierten Regierungsprogramm der Koalition von ÖVP und Die Grünen wurde das Thema Transparenz auch auf dieser Ebene als zentrales Prinzip verankert (Bundeskanzleramt 2020). Es wurde nicht nur das erste Kapitel des Regierungsprogramms unter den Titel *Staat, Gesellschaft & Transparenz* gesetzt, sondern an mehreren Stellen im Programm auf das Thema Dateninfrastruktur (etwa ‚Innovation durch Transparenz und Zugang zu wissenschaftlichen Daten‘ oder ‚Open Data‘) und deren Bedeutung für evidenzbasierte Politik verwiesen.

Wenn das *Austrian Socio-Economic Panel* wie geplant entwickelt werden kann, wird das in Zukunft nicht nur die Forschungsmöglichkeiten in und zu Österreich verbessern, sondern auch vielfältige, neue internationale Anknüpfungspunkte für die Forschung schaffen. Das *Austrian Micro Data Center* steht ebenfalls noch in der Anfangsphase. Welche Datensätze und welche Verknüpfungen hier in Zukunft zugänglich gemacht werden können, wird für die

sozialwissenschaftliche und insbesondere auch die sozialpolitische Forschung und ihre internationale Orientierung von entscheidender Bedeutung sein.

## 3 Politikberatung

### 3.1. (SOZIAL)POLITIKBERATUNG IN ÖSTERREICH IM ÜBERBLICK

Politikberatung hat sich in Österreich im Vergleich zu anderen Ländern erst später entwickelt. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde die österreichische Politiklandschaft lange von den beiden Großparteien ÖVP und SPÖ und den ihnen jeweils nahestehen Sozialpartnern bestimmt. Inhaltliche Beratung wurde von den parteinahen Interessenvertretungen Wirtschaftskammer, Landwirtschaftskammer und Industriellenvereinigung aufseiten der ÖVP und Arbeiterkammer und Gewerkschaftsbund aufseiten der SPÖ eingeholt. Das Wahlverhalten wurde durch treue Stammwähler\*innen charakterisiert. In den 1980er-Jahren nahm die Wahlbeteiligung ab und zwei weitere Parteien, die schon länger etablierte FPÖ und die im Parteiensystem neu auftretenden Grünen konnten stärker Wähler\*innen für sich gewinnen. Als im Jahr 2000 mit der FPÖ eine Partei, die keinen Bezug zu einem der Sozialpartner hatte und deren Rolle auch sehr kritisch beurteilte, Teil der Regierung wurde, gewann die Politikberatung durch private Firmen an Bedeutung (Pelinka 2013).

Das Nahverhältnis zwischen Großparteien und Interessenvertretungen besteht allerdings bis heute. So sagte der SPÖ-Politiker Rupert Weinzierl (2013, S. 17) in einem Interview mit der Zeitschrift für Politikberatung auf die Frage, von wem er sich im politischen Alltag beraten lässt: „Meine wichtigsten Ansprechpartner kommen auch hier aus dem Bereich der Arbeiterkammer. Das ist einfach ein uns nahestehender wissenschaftlicher Arm der Arbeiterbewegung [...]“. Danach erwähnt er auch die beiden Forschungsinstitute Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) und Institut für Höhere Studien (IHS) (siehe Kapitel 3.4), die er als „weniger parteinah, aber wissenschaftlich anerkannt“ beschreibt. Die dabei zum Ausdruck kommende Präferenz für Expertise aus parteinahen Institutionen gegenüber unabhängiger, ergebnisoffener Forschung prägt Politikberatung bis heute.

### 3.2. SOZIALPARTNERSCHAFT

In der österreichischen Politik, besonders in den Bereichen Wirtschafts- und Sozialpolitik spielen die Sozialpartner eine zentrale Rolle (Sozialpartner 2023a). Die Sozialpartnerschaft ist ein Zusammenschluss aus den Arbeitgeberverbänden Wirtschaftskammer Österreich (WKO) und Landwirtschaftskammer Österreich (LKÖ) und den Arbeitnehmerverbänden Arbeiterkammer (AK) und dem österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB). Die Sozialpartner stellen gemeinsam den Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen (Sozialpartner 2023b), dessen Aufgabe die Politikberatung ist. Die Arbeiterkammer und der Österreichische Gewerkschaftsbund setzen sich als Interessenvertretung der Arbeitnehmer\*innen besonders stark

für deren Interessen und für sozialpolitische Fragen generell ein. Bei der Wirtschaftskammer stehen die Arbeitgeberinteressen im Mittelpunkt, eine expansive Sozialpolitik wird daher kritisch gesehen. Allerdings gilt es als Erfolg der österreichischen Sozialpartnerschaft, auch in politisch schwierigen Kontexten immer wieder zu einer Einigung über die spezifischen Interessen hinweg zu gelangen (Tálos und Hinterseer 2019).

Das heutige System der Sozialpartnerschaft ist eine Entwicklung der Nachkriegszeit. Am Höhepunkt ihrer Bedeutung in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts trafen die Sozialpartner im Hintergrund politische Entscheidungen, die von der Regierung dann häufig direkt übernommen wurden. Der Markt für externe Politikberatung war daher lange Zeit sehr beschränkt. Seit den 1990er-Jahren haben sich die Rahmenbedingungen allerdings verändert, nicht zuletzt auch durch den Beitritt Österreichs zur EU 1995. Im Jahr 2000 wurde nach längerer Zeit wieder eine Regierung ohne Beteiligung der SPÖ angelobt. Die Koalition der ÖVP mit der FPÖ, die keinen Hintergrund in der Sozialpartnerschaft hat und dieser sehr kritisch gegenüberstand, versuchte sich deutlicher von der Einflussnahme der Sozialpartner zu distanzieren (Lederer und Neugeschwandtner 2006).

Der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen wird von der Sozialpartnerschaft als ihr Thinktank bezeichnet, der mit Expert\*innen der jeweiligen Institutionen besetzt ist. Seine Kernaufgabe ist die Politikberatung im Interesse der Sozialpartner. Der Beirat orientiert sich dabei an gemeinsamen Zielen wie der Stabilisierung der Kaufkraft, dem Wirtschaftswachstum und der Vollbeschäftigung und publiziert Gutachten zu wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen. Insgesamt ist dieser Beirat im öffentlichen Diskurs aber weniger präsent und weniger einflussreich.

Für die Sozialpolitik von besonderer Bedeutung sind die Bundesarbeiterkammer bzw. die Arbeiterkammern in den einzelnen Bundesländern. Die Arbeiterkammer ist ein öffentlich-rechtlicher Selbstverwaltungskörper mit gesetzlicher Mitgliedschaft. Als Interessenvertretung der Arbeitnehmer\*innen setzt sich die Arbeiterkammer einerseits für faire Löhne, Arbeitsbedingungen und Arbeitsverträge ein. Allerdings ist sie auch in vielen anderen sozialpolitisch relevanten Themen, wie Steuerpolitik und Verteilung, Bildung, Geschlechtergerechtigkeit, Umwelt und Verkehr, Konsumentenschutz, Pensionen sowie Wirtschaftspolitik aktiv – sowohl in der Interessenvertretung als auch in der Beratung und in der Analyse. In diesem Zusammenhang veröffentlicht die Arbeiterkammer Broschüren und Ratgeber, aber auch analytische Berichte in all diesen Bereichen. In der Sozialpolitik sind dies etwa Berichte zur Entwicklung und zur Zukunft des Sozialstaates, zu Verteilungsfragen, zu spezifischen Sozialpolitikfeldern oder zuletzt ein Bericht zur sozialen Lage und zur Sozialpolitik in Österreich (Buxbaum et al. 2023). In den regelmäßig erscheinenden Wohlstandsberichten wird der gesellschaftliche Fortschritt mit Blick auf Verteilung von Wohlstand, Lebensqualität und Umwelt, Vollbeschäftigung und Arbeitsbedingungen und die Gesamtwirtschaft in den Fokus gestellt. Die Arbeiterkammer hat damit unter den Sozialpartnern die stärkste und breiteste Expertise in den sozialpolitischen Themen

(Arbeiterkammer 2023). Auf Arbeitgeberseite wird diese Rolle stärker von Thinktanks (siehe Kapitel 3.4.) übernommen.

### 3.3. PARTEIAKADEMIEN UND INTERESSENVERTRETUNGEN

Alle im Nationalrat vertretenen Parteien unterhalten jeweils eine Parteiakademie, deren Auftrag die staatsbürgerliche Bildung ist und die über Parteiförderungen vom Staat finanziert werden (Bundeskanzleramt 2023). Zur ÖVP gehört die Politische Akademie, zur SPÖ das Renner-Institut, die Grünen haben FREDA, die Neos das NEOS-Lab und die FPÖ das Freiheitliche Bildungsinstitut. Diese Akademien sollen in gewisser Weise als Thinktanks der Parteien agieren, diese also inhaltlich beraten. Sie haben aber auch einen Bildungsauftrag. Während die Akademien der SPÖ und der ÖVP den eigenen Parteimitgliedern gewidmet sind, verpflichtet sich FREDA in ihrem Mission Statement zunächst „grünen AkteurInnen in Europa“, während das NEOS-Lab auch nicht parteinahe Bürger\*innen in ihre Ideenfindungsprozesse einbeziehen will (Fritzl 2016).

Das Spektrum der Interessenvertretungen neben der Sozialpartnerschaft ist weit gefächert. An dieser Stelle sollen nur drei unterschiedliche Akteure beispielhaft genannt werden, die als Interessenvertretung für sozialpolitische Debatten von Bedeutung sind: die Industriellenvereinigung, die Armutskonferenz und die Bundesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrt (BAG).

Die Industriellenvereinigung (IV) zählt nicht zu den Sozialpartnern, ist aber als Interessenvertretung der Industrie ein wichtiger Player in der österreichischen Politikberatungslandschaft (Industriellenvereinigung 2023). Sie vertritt die Interessen der österreichischen Industrie und bezieht auch regelmäßig zu sozialpolitischen Fragen Stellung. Dabei ist sie gegenüber einem expansiven Sozialstaat grundsätzlich sehr kritisch eingestellt. Von Bedeutung ist darüber hinaus, dass die IV an der Gründung der neoliberal orientierten Thinktanks Agenda Austria und Hayek-Institut beteiligt war (Pühringer und Orthofer 2016).

Die Armutskonferenz ist ein Zusammenschluss von über 40 sozialen Organisationen, Bildungs- und Forschungseinrichtungen. Gemeinsames Ziel ist die Bekämpfung von Armut in Österreich. Die Armutskonferenz nimmt im sozialpolitischen Diskurs in diesem Land einen zentralen Platz ein. Neben der seit 1995 jährlich organisierten Tagung der Armutskonferenz weist sie auf unterschiedlichen Wegen auf soziale Problemlagen hin, weist Lücken im sozialpolitischen System auf und verdeutlicht die Auswirkungen von wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen für armutsgefährdete Menschen (Armutskonferenz 2023).

Als drittes Beispiel sei die BAG genannt. Sie ist die Interessenvertretung der großen Sozialorganisationen Caritas, Diakonie, Hilfswerk, Rotes Kreuz und Volkshilfe. Auf diesem Weg setzen sich die Sozialorganisationen bzw. ihre Vertreter\*innen nicht nur als einzelne Organisation, sondern auch als Arbeitsgemeinschaft für deren gemeinsame sozialpolitische

Anliegen ein. Themenschwerpunkte liegen in den Bereichen Armut, Sozialhilfe, Pflege, Integration und Kinderbetreuung (Freie Wohlfahrt 2023).

### 3.4. FORSCHUNGSINSTITUTE UND THINKTANKS

Auf der Seite der wissenschaftlichen Politikberatung gibt es in Österreich zwei etablierte große Forschungsinstitute, das Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) und das Institut für Höhere Studien (IHS). Dies sind unabhängige, nicht universitäre Forschungsinstitute, deren Themenschwerpunkte in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften liegen. Daneben bestehen weitere Forschungsinstitute mit wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Schwerpunkten, wie etwa das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIV) oder die Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (FORBA).

Thinktanks haben in Österreich nicht jene Bedeutung, die ihnen in anderen Ländern zukommt. Allerdings kam es in den letzten 20 Jahren zu mehreren Gründungen, wobei die Grenze zwischen Forschungsinstitut und Thinktank nicht immer klar gezogen werden kann. Typischerweise betonen Thinktanks ebenfalls ihre Unabhängigkeit, eine ideologische Grundhaltung ist aber sehr deutlich festzustellen.

Das WIFO wurde 1927 von Friedrich August von Hayek und Ludwig von Mises gegründet, um Konjunkturanalysen durchzuführen (WIFO 2023a). Im Gegensatz zur akademischen Forschung an Universitäten soll hier die Forschung mit wirtschaftspolitischen Implikationen verbunden werden. Die Forschung des WIFO ist in fünf Forschungsbereiche gegliedert, wobei für die sozialpolitische Forschung und Politikberatung vor allem der Forschungsbereich Arbeitsmarkt, Einkommen und soziale Sicherheit zuständig ist. Konkreter umfasst der Themenbereich Arbeitsmarkt etwa Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik, Fragen der beruflichen Integration und der (Weiter)Bildung, der Teilbereich Einkommen Fragen der Entwicklung von Erwerbseinkommen und Einkommensverteilung und der Bereich der sozialen Sicherung Herausforderungen, die durch die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte und den gesellschaftlichen Wandel entstehen.

Das Institut für Höhere Studien (IHS) wurde 1962 durch eine Initiative von Paul F. Lazarsfeld und Oskar Morgenstern mit Unterstützung der Ford Foundation als Gegenstück zu den von konservativen Professoren geleiteten Universitäten gegründet, um die Sozialforschung in Wien innovativer zu gestalten (IHS 2023). Wie auch das WIFO ist das IHS ein unabhängiges, außeruniversitäres Forschungsinstitut, das Fragestellungen wissenschaftlich bearbeitet und politikrelevante Ergebnisse liefert. Im Gegensatz zum WIFO lag der Fokus historisch nicht in der Wirtschaftsforschung, sondern in der Sozialforschung. Die Aktivitäten des IHS sind heute in acht Forschungsgruppen organisiert, wobei sozialpolitische Forschung und Politikberatung hier vor allem in den Gruppen Bildungsforschung und Beschäftigung, Europäische Governance, Öffentliche Finanzen und Arbeitsmarkt sowie Gesundheitsökonomie und -politik angesiedelt ist.

WIFO und IHS finanzieren sich aus einer Kombination aus Basisförderung und Drittmitteln aus projektbezogener Forschung und Auftragsforschung (vielfach staatlicher Akteure). Beide Institute erhalten eine Basisförderung durch das Finanzministerium und die Oesterreichische Nationalbank (OeNB). Für die Arbeit und Vernetzung der Forschungsinstitute ist deren Unabhängigkeit von wirtschaftlichen Interessen und politischen Parteien essenziell. Gemeinsam mit der Österreichischen Agentur für wissenschaftliche Integrität haben WIFO und IHS mit anderen Forschungsinstituten daher jüngst in einem Memorandum of Understanding Prinzipien wissenschaftlicher Integrität für Auftragsforschung entwickelt. Die Prinzipien beinhalten sowohl allgemeine Regeln guter wissenschaftlicher Praxis als auch konkrete Regeln für Auftragsforschung, beispielsweise die Offenlegung der Ergebnisse bei öffentlichen Aufträgen und die Offenlegung der Auftraggeber (WIFO 2023b).

Thinktanks haben in der österreichischen Politikberatungslandschaft keine Tradition und sind erst in den letzten 20 Jahren vermehrt gegründet worden. Auch wenn ihre tatsächliche Einflussnahme nicht mit den alteingesessenen Institutionen zu vergleichen ist, sind einige im politischen und gesellschaftlichen Diskurs inzwischen sehr präsent und in ihren jeweiligen Interessengruppen gut vernetzt. Zwei Beispiele von Thinktanks, die auch in der Forschungsarbeit aktiv sind, sollen hier kurz erläutert werden: das Momentum Institut und die Agenda Austria. Die Agenda Austria (Agenda Austria 2023) wird – zusammen mit dem Hayek-Institut und Eco Austria – häufig als neoliberaler Thinktank verortet, der eine „Agenda des Rückbaus des Sozialstaats“ verfolgt (Pühringer und Stelzer-Orthofer 2016). Die Agenda Austria wurde 2013 vom ehemaligen Die Presse-Wirtschaftsressortleiter Franz Schellhorn gegründet. Das Momentum Institut (Momentum Institut 2023) wird demgegenüber als ökosozialer Thinktank charakterisiert. Es wurde 2019 von der ehemaligen SPÖ-Politikerin Barbara Blaha als ‚ökosozialer Thinktank der vielen‘ gegründet und befasst sich mit den Themen Arbeit, Demokratie, Klima, Steuern und Verteilung.

### 3.5. WISSENSCHAFTLER\*INNEN IN DER POLITIKBERATUNG

Wissenschaftler\*innen sind in der Politikberatung nicht nur innerhalb von Universitäten, Hochschulen oder Forschungsinstituten, sondern auch auf individueller Ebene tätig. Sie werden als individuelle Expert\*innen in Beiräte berufen und werden im formellen oder informellen Austausch nach ihrer Meinung gefragt. Darüber hinaus bieten die traditionellen und vermehrt auch die sozialen Medien Möglichkeiten für Forscher\*innen, ihre Ergebnisse und Meinungen zu aktuellen Themen direkt mit der Öffentlichkeit zu teilen, ohne beispielsweise zu einem Interview eingeladen zu werden.

Beiräte und Kommissionen können entweder langfristig Beratungsarbeit leisten oder kurzfristig für ein aktuelles Thema etabliert werden. Der konkrete Einfluss dieser Gremien ist nicht generell zu beurteilen und stark von der jeweiligen politischen Konstellation oder auch der Dringlichkeit und der Brisanz politischer Entscheidungen abhängig. Aufgrund der vielfältigen Themenbereiche und Aufgaben von Beiräten und Expertenkommissionen ist es

an dieser Stelle nicht möglich, alle aufzuzählen, die sich mit Sozialpolitik befassen. Daher nur einige Beispiele:

Der Familienpolitische Beirat ist im Bundeskanzleramt angesiedelt, war in den 55 Jahren seines Bestehens allerdings verschiedenen Ministerien zugeordnet. Die Aufgaben des Beirats bestehen darin, das für Familienpolitik zuständige Ministerium zu beraten, nach Bedarf Gutachten zu erstellen und sich auch unaufgefordert mit Anträgen an das Bundeskanzleramt zu wenden (Bundeskanzleramt 2023b). Während sich der genannte Beirat aus Vertreter\*innen verschiedener Interessenvertretungen zusammensetzt, sitzen im Alter(n)sbeirat, der seit 2007 am Sozialministerium eingerichtet ist, neben Vertreter\*innen von Interessenvertretungen auch Wissenschaftler\*innen verschiedener Disziplinen. Die Aufgabe des Beirats besteht darin, das Ministerium beim Thema Alter(n) und allen damit verbundenen Herausforderungen zu beraten (Sozialministerium 2023a). Ebenfalls beim Sozialministerium angesiedelt ist die Alterssicherungskommission, die die Entwicklung der gesetzlichen Pensionsversicherung und die Pensionen des öffentlichen Dienstes überwacht und Gutachten zu den mittel- und langfristigen Entwicklungen erstellt. In diesem Gremium sind überwiegend Vertreter\*innen von Interessenvertretungen und Ministerien, in kleinerer Zahl auch Expert\*innen ohne Stimmrecht vertreten (Sozialministerium 2023b). Der Produktivitätsrat wurde 2022 in Umsetzung einer EU-Ratsempfehlung als unabhängiges Gremium zur Analyse der Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität der österreichischen Wirtschaft geschaffen. Die fünf Mitglieder werden von der Bundesregierung, der Wirtschaftskammer und der Arbeiterkammer entsandt. Zusätzlich wird der Rat von Expert\*innen, der Österreichischen Nationalbank und dem Budgetdienst des Parlaments unterstützt. Hauptaufgabe des Rates ist die Beurteilung der Wirtschaft und des Wettbewerbs im Kontext der sozialen und ökologischen Verhältnisse (Produktivitätsrat 2023).

In der Bekämpfung der Coronapandemie spielten Expertenkommissionen eine größere, und vor allem auch sehr viel mehr nach außen sichtbare Rolle in der Politik als je zuvor. Vor dem Hintergrund einer unerwartet und massiv auftretenden Problemlage, die kurzfristig Entscheidungen forderte, die massiven Einfluss auf das Leben der Menschen haben, hat sich die Politik stark auf die Expertise von Expert\*innen gestützt und diese auch in die Politikkommunikation eingebunden (Bogner 2022). In der ersten Phase der Krise wurden vorwiegend Virolog\*innen, Forscher\*innen aus dem Gesundheitssystem und Prognostiker\*innen als Expert\*innen herangezogen, erst später auch Expert\*innen, die eine sozialpolitische Perspektive einbrachten. Später eingerichtete Kommissionen wurden dann auch vermehrt wieder mit Mitgliedern der Parteien und Interessenvertretungen besetzt.

Neben der Mitwirkung von Expert\*innen in Beiräten und Kommissionen sind in der Politikberatung aber auch der weniger formelle Austausch und persönliche Kontakte von Bedeutung. Expert\*innen werden in diesem Zusammenhang einerseits ‚medienwirksam‘ konsultiert und zu Diskussionsrunden geladen, andererseits aber auch zu informellen, nicht für die Medien bestimmten Hintergrundgesprächen eingeladen. In welcher Form diese verschiedenen Formen der Einbindung von Expertenmeinungen genutzt werden und welche

Bedeutung ihnen im Politikprozess – neben den anderen Akteur\*innen der Politikberatung – letztlich zukommt, ist vor allem von den handelnden Politiker\*innen und vom Politikstil der jeweiligen Regierungen abhängig.

### 3.6. DISKUSSION

Vor dem Hintergrund neuer Regierungskonstellationen und der verschiedenen Krisensituationen der vergangenen beiden Jahrzehnte hat sich das Verhältnis der Politik zu wissenschaftlicher Beratung deutlich verändert. Zu den neuen Entwicklungen zählt insbesondere eine Verbreiterung der Akteurslandschaft (etwa neue Thinktanks) und die Schaffung neuer, auch mehr öffentlichkeitswirksamer Beiräte oder Kommissionen. Während für die etablierten Forschungsinstitute die Politikberatung schon immer zentrale Aufgabe neben der eigentlichen Forschungsarbeit war, gewinnt diese Rolle aufseiten der Universitäten mit einer stärkeren Betonung von ‚Impact‘ und ‚Third Mission‘ zunehmend an Bedeutung. Gleichzeitig erfordert diese stärkere Orientierung am Transfer zwischen den Wissenschaften und der Politik auch klare Regeln zur guten Praxis wissenschaftlicher Politikberatung, was sich in verschiedenen Aktivitäten zur Etablierung von Guidelines oder Codes of Conduct zeigt. Die aktive Rolle der Expert\*innen in der Coronakrise hat für Wissenschaftler\*innen aber auch neue Herausforderungen deutlich gemacht, nämlich die unmittelbare Konfrontation mit Wissenschaftsskepsis oder gar mit Anfeindungen und Hassbotschaften. Als Antwort darauf hat die Österreichische Akademie der Wissenschaften 2022 unter dem Titel *Science Care* eine Anlaufstelle für angefeindete Wissenschaftler\*innen geschaffen (ÖAW 2022). Außerdem wurde durch das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung ein Schwerpunkt zur Stärkung des Vertrauens in Wissenschaft und Demokratie etabliert (BMBWF 2023d). Traditionelle und vor allem auch neue Medien schaffen vielfältige Möglichkeiten, wissenschaftliche Ergebnisse einer breiteren Öffentlichkeit zu präsentieren und auf diesem Weg in den gesellschaftlichen und politischen Diskurs einzubringen. Nicht zuletzt wurde mit dem aktuellen Regierungsprogramm (Bundeskanzleramt 2020) Transparenz als zentrales Prinzip verankert. Dabei wird unter anderem das Ziel von Open Data und verbessertem Zugang zu Daten für die wissenschaftliche Forschung sowie die Transparenz bei Studien, Beiräten und Gremien auch im Hinblick auf eine verbesserte evidenzbasierte Politik betont.

## Literatur

- ACPP (Austrian Corona Panel Project). 2023. Panelumfrage zur Corona-Krise. <https://viecer.univie.ac.at/coronapanel/>. Zugegriffen: 30. Juni 2023.
- Agenda Austria. 2023. <https://www.agenda-austria.at>. Zugegriffen: 30. Juni 2023.
- Arbeiterkammer. 2023. <https://arbeiterkammer.at/index.html>. Zugegriffen: 30. Juni 2023.
- Armutskonferenz. 2023. Über uns. <https://www.armutskonferenz.at/ueber-uns/die-armutskonferenz.html>. Zugegriffen: 30. Juni 2023.
- BMBWF (Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung). 2021. Universitätsbericht 2020. <https://www.bmbwf.gv.at/Themen/HS-Uni/Hochschulgovernance/Steuerungsinstrumente/Universitätsbericht.html>. Zugegriffen: 30. Juni 2023.
- BMBWF (Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung). 2022. Wissenschaft in Österreich 2022. [https://unidata.gv.at/Publikationen/Berichtswesen%20BMBWF/Wissenschaft%20in%20Österreich/Wissenschaft%20in%20Österreich\\_Science%20in%20Austria%202022%20\(deutsch\\_englisch\).pdf](https://unidata.gv.at/Publikationen/Berichtswesen%20BMBWF/Wissenschaft%20in%20Österreich/Wissenschaft%20in%20Österreich_Science%20in%20Austria%202022%20(deutsch_englisch).pdf). Zugegriffen: 30. Juni 2023.
- BMBWF (Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung). 2023a. Hochschulsystem. <https://www.bmbwf.gv.at/Themen/HS-Uni/Hochschulsystem.html>. Zugegriffen: 30. Juni 2023.
- BMBWF (Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung). 2023b. Meilenstein für die Forschung: Österreich richtet erstmals langlaufendes Haushaltspanel ein. <https://www.bmbwf.gv.at/Ministerium/Presse/20220414a.html>. Zugegriffen: 30. Juni 2023.
- BMBWF (Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung). 2023c. Registerforschung. <https://www.bmbwf.gv.at/Themen/Forschung/Forschung-in-%C3%96sterreich/Strategische-Ausrichtung-und-beratende-Gremien/Leitthemen/Registerforschung.html>. Zugegriffen: 30. Juni 2023.
- BMBWF (Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung). 2023d. Wissenschafts- und Demokratievermittlung (TruSD). <https://www.bmbwf.gv.at/Themen/HS-Uni/Aktuelles/NB--TrUSD22.html>. Zugegriffen: 30. Juni 2023.
- Bogner, Alexander. 2022. What Expertise Does Politics Need in Times of Crisis? Notes on the Current Situation in Austria. *OZP – Austrian Journal of Political Science* 51/1, DOI: [10.15203/ozp.4015.vol51iss1](https://doi.org/10.15203/ozp.4015.vol51iss1).
- Bundeskanzleramt. 2020. Aus Verantwortung für Österreich. Regierungsprogramm 2020–2024. <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/bundeskanzleramt/die-bundesregierung/regierungsdokumente.html>. Zugegriffen: 30. Juni 2023.
- Bundeskanzleramt. 2023a. Parteien- und Parteiakademienförderung. <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/agenda/parteienfinanzierung/parteien-und-parteiakademienforderung.html>. Zugegriffen: 30. Juni 2023.

- Bundeskanzleramt. 2023b. Familienpolitischer Beirat. <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/agenda/familie/familienpolitik/familienpolitischer-beirat.html>. Zugegriffen: 30. Juni 2023.
- Buxbaum, Adi, Ursula Filipič, Sybille Pirklbauer, Nikolai Soukup und Norman Wagner. 2023. Soziale Lage und Sozialpolitik in Österreich 2023. Entwicklungen und Perspektiven. Wien: ÖGB-Verlag. <https://www.sozialleistungen.at/sozialpolitik-in-diskussion/ausgaben/24>. Zugegriffen: 30. Juni 2023.
- Freie Wohlfahrt. 2023. Über uns. <https://www.freiewohlfahrt.at/ueberuns>. Zugegriffen: 30. Juni 2023.
- Fritzl, Martin. 2016. Was treiben die Parteiakademien? *Die Presse*. <https://www.diepresse.com/5098401/was-treiben-die-parteiakademien>. Zugegriffen: 30. Juni 2023.
- Heins, Elke. 2022. Sozialpolitik und Sozialpolitikforschung in Großbritannien. Eine Erhebung zu Lehre, Dateninfrastruktur und Politikberatung, *DIFIS Studie 2022/5*. <https://difis.org/f/f386da2190.pdf>. Zugegriffen: 30. Juni 2023.
- IHS. 2023. <https://www.ihs.ac.at>. Zugegriffen: 30. Juni 2023.
- Industriellenvereinigung. 2023. Arbeit, Soziales, Gesundheit. [https://www.iv.at/Themen/Arbeit--Soziales--Gesundheit/Knotenseite-Arbeit---Soziales.html?filter\[\]=166](https://www.iv.at/Themen/Arbeit--Soziales--Gesundheit/Knotenseite-Arbeit---Soziales.html?filter[]=166). Zugegriffen: 30. Juni 2023.
- Lederer, Andreas und Gerald Neugschwandner. 2006. „Das funktioniert hier alles ein bisschen anders“ – Politikberatung in Österreich. In *Handbuch für Politikberatung*, Hrsg. Svenja Falk, Dieter Rehfeld, Andrea Römmele, Martin Thunert, 576–589, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Mey, Stefan. 2021. Nationalrat segnet umstrittenes Mikrodatenzentrum ab. *Der Standard*. <https://www.derstandard.at/story/2000131373169/nationalrat-segnet-umstrittenes-mikrodatencenter-ab>. Zugegriffen: 30. Juni 2023.
- Momentum Institut. 2023. <https://www.momentum-institut.at>. Zugegriffen: 30. Juni 2023.
- ÖAW. 2023a. ÖAW startet Anlaufstelle für angefeindete Wissenschaftler:innen. <https://www.oew.ac.at/news/oew-startet-anlaufstelle-fuer-angefeindete-wissenschaftlerinnen>. Zugegriffen: 30. Juni 2023.
- Pelinka, Anton. 2013. Die Entwicklung der Politikberatung in Österreich: Spät, aber doch. In *Politikberatung in Österreich. Herausforderungen, Strategien, Perspektiven*. 2. Aufl., Hrsg. Feri Thiery, 25–30, Wien: new academic press.
- Produktivitätsrat. 2023. Organisation. <https://www.produktivitaetsrat.at/organisation.html>. Zugegriffen: 30. Juni 2023.
- Pühringer, Stephan und Christine Stelzer-Orthofer. 2016. Neoliberale Think-Tanks als (neue) Akteure in österreichischen gesellschaftspolitischen Diskursen: Die Beispiele des Hayek-Instituts und der Agenda Austria. *SWS-Rundschau* 59/1: 75–96.
- Sozialministerium. 2023a. Der Alter(n)sbeirat. [https://www.sozialministerium.at/Themen/Gesundheit/Nicht-uebertragbare-Krankheiten/Gesundheit-und-Krankheit-im-Alter/Der-Alter\(n\)sbeirat--Multiprofessioneller-Beirat-für-Gesundheit-und-Krankheit-im-Alter.html](https://www.sozialministerium.at/Themen/Gesundheit/Nicht-uebertragbare-Krankheiten/Gesundheit-und-Krankheit-im-Alter/Der-Alter(n)sbeirat--Multiprofessioneller-Beirat-für-Gesundheit-und-Krankheit-im-Alter.html). Zugegriffen: 30. Juni 2023.
- Sozialministerium. 2023b. Alterssicherungskommission <https://www.sozialministerium.at/Themen/Soziales/Sozialversicherung/Alterssicherungskommission.html>. Zugegriffen: 30. Juni 2023.
- Sozialpartner. 2023a. Sozialpartner: Was ist das? [https://www.sozialpartner.at/?page\\_id=127](https://www.sozialpartner.at/?page_id=127). Zugegriffen: 30. Juni 2023.
- Sozialpartner. 2023b. Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen. [https://www.sozialpartner.at/?page\\_id=135](https://www.sozialpartner.at/?page_id=135). Zugegriffen: 30. Juni 2023.

Statistik Austria. 2023a. Statistik Austria. <https://www.statistik.at/>. Zugegriffen: 30. Juni 2023.

Statistik Austria. 2023b. AMDC Mikrodaten für die Wissenschaft. <https://www.statistik.at/services/tools/services/center-wissenschaft/austrian-micro-data-center-amdc>. Zugegriffen: 30. Juni 2023.

Statistik Austria. 2023c. Mikrodatenkatalog. <https://www.statistik.at/amdc-data/#/product>. Zugegriffen: 30. Juni 2023.

Tálos, Emmerich und Tobias Hinterseer. 2019. *Sozialpartnerschaft. Ein zentraler politischer Gestaltungsfaktor der Zweiten Republik am Ende?* Innsbruck: StudienVerlag.

Weinzierl, Rupert. 2013. Politikberatung in Österreich: Interview mit Rupert Weinzierl. *Zeitschrift für Politikberatung* 6/3–4: 167–169.

WIFO. 2023a. <https://wifo.ac.at>. Zugegriffen: 30. Juni 2023.

WIFO. 2023b. Memorandum of Understanding – Prinzipien der wissenschaftlichen Integrität für Studien der öffentlichen Auftragsforschung. [https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/data/uploads/downloads/formulare/WIFO-AIT-IHS-JR-WIIW\\_Memorandum-of-Understanding-Research-Integrity\\_2022-01-27.pdf](https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/data/uploads/downloads/formulare/WIFO-AIT-IHS-JR-WIIW_Memorandum-of-Understanding-Research-Integrity_2022-01-27.pdf). Zugegriffen: 30. Juni 2023.

### Über den Autor

**August Österle** ist Apl. Universitätsprofessor an der Wirtschaftsuniversität Wien und lehrt und forscht schwerpunktmäßig zur internationalen und vergleichenden Sozialpolitik, insbesondere in den Bereichen Gesundheit und Pflege.

Für die Inhalte der vorliegenden Publikation ist ausschließlich der Verfasser verantwortlich.

### Impressum

DIFIS – Deutsches Institut für Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung

Direktorin: Prof. Dr. Ute Klammer (Universität Duisburg-Essen)

Stellv. Direktor: Prof. Dr. Frank Nullmeier (Universität Bremen)

Standort Duisburg: Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ), Forsthausweg 2, 47057 Duisburg

Standort Bremen: SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik,

Mary-Somerville-Straße 5, 28359 Bremen

Homepage: [www.difis.org](http://www.difis.org)

**Erscheinungsort und -datum:** Duisburg/Bremen, September 2023

**Inhaltliche Betreuung:** Dr. Anna Hokema, Dr. Achim Schmid

**Betreuung der Publikationsreihe:** Dr. Miruna Bacali

**ISSN:** 2748-7199